

Jahresabschluss 2014

**Gemeinnützige
Regionalgesellschaft Usedom-
Peene mbH**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gemeinnützigen Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Leipzig, den 5. März 2015



RÖBER HESS PIMME GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Röber
Wirtschaftsprüfer

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH
Mölschow

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Engellich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	826.357,33	852.100,33	624,00	305,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	92.374,00	106.431,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.141,00	62.181,00		
	<u>975.872,33</u>	<u>1.020.712,33</u>		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
Fertige Erzeugnisse und Waren	7.214,62	7.419,90		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.666,61	6.942,55		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	10.690,59	39.276,75		
	<u>14.349,30</u>	<u>48.219,30</u>		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	97.017,45	203.304,52		
	<u>23.609,17</u>	<u>29.407,60</u>		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>1.118.686,87</u>	<u>1.309.368,65</u>		
PASSIVA				
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital				
II. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen	2.754,04	2.754,04		
	<u>508.222,66</u>	<u>508.222,66</u>		
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN				
C. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen	0,00	0,00		
2. Sonstige Rückstellungen	46.300,00	46.300,00		
	<u>46.300,00</u>	<u>46.300,00</u>		
D. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.927,33	0,00		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.337,76	11.543,07		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	74.219,61	122.782,93		
	<u>88.484,70</u>	<u>134.326,00</u>		
- davon aus Steuern EUR 6.033,88 (EUR 11.134,37) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 236,33 (EUR 345,57)				
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	<u>6.716,10</u>	<u>7.289,34</u>		
	<u>1.118.686,87</u>	<u>1.309.368,65</u>		
			<u>271</u>	

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH
Mölschow
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	222.783,04	268.715,13
2. Erträge aus Zuwendungen	1.022.668,06	1.406.759,97
3. Sonstige betriebliche Erträge	84.903,69	92.179,95
4. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.316,54	35.034,43
5. Personalaufwand	788.630,58	1.043.359,47
a) Löhne und Gehälter		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersver- sorgung und für Unterstützung	<u>180.260,99</u>	<u>237.274,63</u>
	968.891,57	1.280.634,10
- davon für Altersversorgung EUR 2.637,16 (EUR 3.870,84)		
6. Abschreibungen Auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anla- gevermögens und Sachanlagen	59.022,23	67.540,09
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	319.149,88	419.445,04
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.062,34	641,93
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>5.016,13</u>	<u>2.878,57</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	53.979,22-	37.235,25-
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	528,00-	0,00
12. Sonstige Steuern	<u>4.353,19</u>	<u>5.728,26</u>
	3.825,19	5.728,26
13. Jahresfehlbetrag	57.804,41	42.963,51
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	3.399,61	977,24
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen Aus anderen Gewinnrücklagen	144.540,64	168.188,48
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen In andere Gewinnrücklagen	87.381,80	122.802,60
17. Bilanzgewinn	<u>2.754,04</u>	<u>3.399,61</u>

**Gemeinnützige Regionalgesellschaft
Usedom-Peene mbH
Mölschow**

Anhang für das Geschäftsjahr 2014

I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS, ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH, Mölschow, ist eine kleine Kapitalgesellschaft i.S.v. § 267 HGB. Sie unterliegt der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenvertriebsordnung M-V – EigVO) vom 25. Februar 2008 und stellt gemäß § 20 Abs. 1 EigVO einen aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang bestehenden Jahresabschluss sowie einen Lagebericht nach den Ansatzvorschriften für den Jahresabschluss großer Kapitalgesellschaften auf.

Der vorliegende Jahresabschluss ist grundsätzlich unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewendeten Gliederungs- und Bewertungsgrundsätzen nach den geltende Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Ausübung des Wahlrechtes in § 275 Abs. 1 HGB das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Entgeltlich von Dritten erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über den Zeitraum der Nutzung pro rata temporis abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, solche mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ermittelt. Die Anlagegüter werden nach Maßgabe der jeweils kürzesten steuerlich für zulässig gehaltenen Nutzungsdauer i.d.R. linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung oder Herstellung erfolgt die Abschreibung zeitanteilig für den vollen Monat der Anschaffung oder Herstellung. In den Jahren 2008 und 2009 wurden Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von EUR 150,00 netto bis EUR 1.000,00 einem Sammelposten zugeführt. Der Sammelposten wird über 5 Jahre mit je 20 % aufgelöst.

Ab 2010 werden Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von nicht mehr als EUR 410,00 netto im Zugangsjahr voll abgeschrieben, solche mit Anschaffungskosten bis netto EUR 60,00 werden mit der Anschaffung als Aufwand gebucht.

Handelswaren werden zu Anschaffungskosten bzw. den jeweils niedrigeren beizulegenden Werten bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet sind, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen, uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Forderungen aus Zuschüssen für Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen an die Sozialagentur Vorpommern, die Bundesagentur für Arbeit und das Land Mecklenburg-Vorpommern werden auf der Grundlage von Zuwendungsbescheiden und einer Kostenstellenrechnung maßnahmebezogen ermittelt und mit dem zum Bilanzstichtag so ermittelten Wert angesetzt.

Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag sind, werden unter dem **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** aktiviert und planmäßig aufgelöst.

Gewinnrücklagen werden zweckgebunden und als frei verfügbare Mittel für die Verwirklichung der satzungsmäßigen Zwecke im Sinne von § 58 Nr. 6 AO und § 58 Nr. 7 a AO gebildet.

Erhaltene Investitionszuschüsse auf Sachanlagen werden unter dem **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen** ausgewiesen. Sie werden gleichmäßig über die Nutzungsdauer des betreffenden Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst.

Sonstige Rückstellungen erfassen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten und sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Als **passiver Rechnungsabgrenzungsposten** werden Zuschüsse der Sozialagentur Ostvorpommern und der anderen Fördermittelgeber vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen. Die Ermittlung erfolgt maßnahmebezogen auf der Grundlage einer Kostenstellenrechnung.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens haben wir gemäß § 268 Abs. 2 HGB in der Anlage zum Anhang dargestellt.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

3. Eigenkapital

Das Stammkapital mit TEUR 64 ist in voller Höhe eingezahlt.

4. Rückstellungen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der sonstigen Rückstellungen (§ 25 Abs. 3 EigVO) stellen sich wie folgt dar:

	Stand 01.01.2014 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand 31.12.2014 EUR
a) Rückforderungen Zuschüsse	14.660,00	460,00	14.200,00	0,00	0,00
b) Ausstehender Urlaub	7.200,00	0,00	0,00	2.300,00	9.500,00
c) Berufsgenossenschaft	44.000,00	40.702,20	3.297,80	26.300,00	26.300,00
d) Prüfungs- und Jahresab- schlusskosten	12.500,00	12.218,80	281,20	10.500,00	10.500,00
e) Abfindung	16.000,00	16.000,00	0,00	0,00	0,00
	<u>94.360,00</u>	<u>69.381,00</u>	<u>17.779,00</u>	<u>39.100,00</u>	<u>46.300,00</u>

5. Verbindlichkeiten

Die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

	gesamt lt. Bilanz	mit einer Restlaufzeit von		
		bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	12.927,33 (0,00)	3.977,64 (0,00)	8.949,69 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten aus Lie- ferungen und Leistungen (im Vorjahr)	1.337,76 (11.543,07)	1.337,76 (11.543,07)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	74.219,61 (122.782,93)	74.219,61 (122.782,93)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Summe (im Vorjahr)	<u>88.484,70</u> <u>(134.326,00)</u>	<u>79.535,01</u> <u>(134.326,00)</u>	<u>8.949,69</u> <u>(0,00)</u>	<u>0,00</u> <u>(0,00)</u>

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 6 (TEUR 11) enthalten.

6. Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

7. sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden zum Bilanzstichtag in folgender Höhe:

	<u>insgesamt</u> TEUR	<u>2015</u> TEUR	<u>2016</u> TEUR	<u>2017 und</u> <u>später</u> TEUR
Miete	9	9	0	0
Dienstleistungen	20	20	0	0
Leasing	<u>23</u>	<u>10</u>	<u>8</u>	<u>5</u>
	<u>52</u>	<u>39</u>	<u>8</u>	<u>5</u>

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

Unter den Umsatzerlösen werden alle Erträge aus der Betreibung der kulturellen Einrichtungen und Ausstellungen im teilweisen Zusammenhang mit der Durchführung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ohne die privaten und öffentlichen Zuschüsse ausgewiesen. Es handelt sich um die Zweckbetriebe der Gesellschaft nach § 65 AO. Des Weiteren werden hierunter die Erträge aus der Betreibung von Versorgungseinrichtungen und der Vermietung erfasst, die im inneren Zusammenhang mit diesen oben genannten Tätigkeiten stehen und im Ergebnis der Betriebsprüfung durch das Finanzamt Wolgast ebenfalls dem Zweckbetrieb der Gesellschaft zuzurechnen sind. Darüber hinaus wurden hierunter auch Erträge aus gezielten Projekten erfasst, die jedoch eine wirtschaftliche Tätigkeit nach § 64 AO darstellen.

2. Zuschüsse

In den Zuschüssen sind alle öffentlichen Mittel für die Durchführung von arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie für die Betreibung des Projektes „Usedom aktiv“ von TEUR 1.023 (TEUR 1.407) enthalten.

Die durch die Zuwendungen finanzierten Projekte stellen den Hauptzweck der Gesellschaft dar, hiermit wird die gewöhnliche Geschäftstätigkeit finanziert.

3. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind in Höhe von TEUR 38 (TEUR 48) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens enthalten.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in Höhe von TEUR 1,3 (TEUR 0,2) Einstellungen in den Sonderposten enthalten.

IV. SONSTIGE ANGABEN

1. Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten ohne Geschäftsführerin betrug im Geschäftsjahr 70 (Vorjahr: 73). Davon wurden im Rahmen des Bundesprogrammes Bürgerarbeit und Bundesfreiwilligendienstes 53 (Vorjahr: 56) gefördert. 17 (Vorjahr: 17) Arbeitnehmer wurden aus sonstigen Einnahmen und über die Fallpauschale für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung finanziert.

Darüber hinaus waren 247 Teilnehmer (Vorjahr: 398) im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten nach SGB III im Durchschnitt des Jahres 2014 in der Gesellschaft tätig.

2. Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr war Frau Dr. Beate-Carola Johannsen, Dipl.-Philosophin, Koserow, alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin. Die Geschäftsführerin ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Die Bezüge der Geschäftsführerin betragen TEUR 79.

3. Beirat

Mit Konstituierung des Aufsichtsrates erfolgte keine Empfehlung zur Neubildung des Beirates.
Die Tätigkeit des Beirates ruht zurzeit.

4. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde mit konstituierender Sitzung vom 5. November 2014 neu besetzt.
Grundlage war die Änderung der Satzung der Gesellschaft vom 21. November 2012.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

bis zur Kommunalwahl am 25.05.2014

- Herr Marco Schulz
Kreistag Vorpommern-Greifswald für den Landkreis
- Herr Dr. Günther Jikeli
Kreistag Vorpommern-Greifswald für den Landkreis
- Herr Reinhardt Plückhahn (Vorsitzender)
Stadtvertretung Stadt Wolgast
- Herr Alexander Vetter
Stadtvertretung Hansestadt Anklam
- Herr Dirk Mitzlaff
Gemeindevertretung Gemeinde Kröslin
- Herr Christian Höhn (Stellvertreter des Vorsitzenden)
Gesellschaftergemeinden Amt Usedom-Nord

Der Aufsichtsrat hat in dieser Besetzung noch bis zum 25.08.2014 gearbeitet, da gemäß § 8 (3) des Gesellschaftsvertrages eine Übergangsregelung von drei Monaten greift (Sitzung des Aufsichtsrats fand am 10.06.2014 auch noch in dieser Besetzung statt), aber vom 26.08. bis 05.11.2014 besaß die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat.

nach der Kommunalwahl, ab Konstituierung am 05.11.2014

- Frau Marlies Seiffert
Kreistag Vorpommern-Greifswald für den Landkreis
- Herr Arno Karp
Kreistag Vorpommern-Greifswald für den Landkreis
- Herr Reinhardt Plückhahn (Stellvertreter des Vorsitzenden)
Stadtvertretung Stadt Wolgast

- Herr Alexander Vetter
Stadtvertretung Hansestadt Anklam
- Herr Dirk Mitzlaff
Gemeindevertretung Gemeinde Kröslin
- Herr Paul Kreisner (Vorsitzender)
Gesellschaftergemeinden des Amtes Usedom-Nord

Nach § 8 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen Aufsichtsrat aus sieben Mitgliedern. Der Vertreter der Gesellschaftergemeinden des Amtes Usedom-Süd wurde bisher nicht entsandt. Die Gesellschaftergemeinden Ückeritz und Loddin des Amtes Usedom-Süd haben zum 31.12.2014 ihren Austritt erklärt und somit ruhte das Stimmrecht lt. § 19 (6) des Gesellschaftsvertrages. Die Gemeinde Zempin ist somit die einzige Gesellschaftergemeinde des Amtes Usedom-Süd mit Stimmrecht. Da die Gemeinde Zempin schriftlich auf Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat verzichtet hat, besteht der Aufsichtsrat aus 6 Mitgliedern.

5. Prüfungshonorar

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Prüfungshonorar in Höhe von EUR 7.390,00 gezahlt.

V. ERGEBNISVERWENDUNGSVORSCHLAG

Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Mölschow, 5. März 2015

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH



Dr. Beate-Carola Johannsen

Geschäftsführerin

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH
Mölschow

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2014

	Entwicklung der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten		Entwicklung der kumulierten Abschreibungen				Restbuchwert 31. Dezember 2013 EUR			
	Anschaffungs- kosten 1. Januar 2014 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Anschaffungs- u. Herstellungskosten 31. Dezember 2014 EUR	Stand 1. Januar 2014 EUR	Zugänge EUR		Abgänge EUR	Restbuchwert 31. Dezember 2014 EUR	
	67.915,66	749,70	0,00	68.665,36	67.610,66	430,70	0,00	68.041,36	624,00	305,00
	1.235.376,65	0,00	0,00	1.235.376,65	383.276,32	25.743,00	0,00	409.019,32	826.357,33	852.100,33
	348.103,00	0,00	0,00	348.103,00	241.672,00	14.057,00	0,00	255.729,00	92.374,00	106.431,00
	508.688,46	14.160,48	14.178,00	508.670,94	446.507,46	18.791,53	13.769,05	451.529,94	57.141,00	62.181,00
	2.092.168,11	14.160,48	14.178,00	2.092.150,59	1.071.455,78	58.591,53	13.769,05	1.116.278,26	975.872,33	1.020.712,33
	2.160.083,77	14.910,18	14.178,00	2.160.815,95	1.139.066,44	59.022,23	13.769,05	1.184.319,62	976.496,33	1.021.017,33

ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Engellich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und
ähnliche Rechte und Werte sowie
Lizenzen an solchen Rechten
und Werten

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche
Rechte und Bauten einschließlich
Bauten auf fremden Grundstücken
2. Technische Anlagen und
Maschinen
3. Andere Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattung

**Gemeinnützige Regionalgesellschaft
Usedom-Peene mbH
Mölschow**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung der Branche und der Gesamtwirtschaft

Im Geschäftsjahr 2014 wurde gemäß den Regelungen des SGB II und III in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Nord des Jobcenters Vorpommern-Greifswald die Geschäftspolitik fortgeführt. Es ist dabei festzustellen, dass die Schwierigkeiten bezüglich der bestehenden Planungsunsicherheit ebenso weiter bestanden haben, wie die Schwierigkeiten bezüglich der zeitnahen und vollständigen Besetzung der Stellenkontingente durch das Jobcenter Nord. Zusätzliche Projekte konnten in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Nord nicht auf den Weg gebracht werden.

Die wirtschaftliche Situation der im Landkreis ansässigen Wirtschaftsunternehmen zeigte weiterhin die Tendenz der Entspannung und gleichzeitig die Auswirkungen des demografischen Wandels. Es ist festzustellen, dass die damit verbundenen Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahlen dahingehend spürbar waren, dass die Zahl der tatsächlich schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen in den verschiedenen Bereichen des Jobcenters eine unterschiedliche Entwicklung genommen hat. Gerade auf der Insel Usedom, die zum Agenturbereich Koserow gehört, hat sich diese Entwicklung besonders gezeigt. Dort zu betreuende Langzeitarbeitslose sind besonders durch die Ferne zum Arbeitsmarkt, durch die mangelnde Mobilität und Flexibilität, das geringe Qualifikationsniveau bzw. eine am Markt nicht nachgefragte Qualifikation geprägt. Die saisontypische Belebung des Arbeitsmarktes prägte auch 2014 die Entwicklung der Beschäftigungssituation im Landkreis Vorpommern-Greifswald. Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stellt besondere Anforderungen sowohl an die Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Leistungsempfängern und die Verbesserung deren Leistungsfähigkeit entsprechend der Anforderungen des Arbeitsmarktes als auch hinsichtlich der angebotenen Qualifizierungsangebote vor einer Arbeitsaufnahme. So stehen Bildungs- und Beschäftigungsträger vor der Aufgabe, sich diesen Bedingungen nicht nur anzupassen, sondern auch mit den entsprechenden Angeboten ihren Beitrag zur Verbesserung der Marktfähigkeit der erwerbsfähigen Hilfeempfänger zu leisten. Vor dem Hintergrund der Neuregelungen im SGB II stellt sich dies zunehmend als schwierig bis

unmöglich dar, da die Risiken zunehmend bei den Trägern liegen. Bei der Einreichung von zertifizierten Maßnahmen bestehen diese Risiken in den Zertifizierungskosten, in den anzubietenden und von der Bundesagentur für Arbeit zu akzeptierenden Preisen und in der Regelung zur Ausreichung von Gutscheinen an potenzielle Teilnehmer. Leider hat sich die Tatsache, dass die Regionalgesellschaft seit vielen Jahren sowohl ISO als auch AZAV zertifiziert ist, nicht positiv auf die Zuweisungen ausgewirkt. Im Sinne der Qualitäts- und Zukunftssicherung entschieden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung Ende 2014, die Zertifizierungen zu erneuern und so eine wichtige Bedingung zu erhalten, die die Gesellschaft auch weiterhin als qualifizierten Partner für das Jobcenter auszeichnet.

In welchem Umfang die Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH im Jahr 2014 im Vergleich zu den Gesamtstellenzahlen für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im Jobcenter Nord Zuweisungen erhalten hat, ist schwer einzuschätzen. Dazu liegen seitens des Jobcenters keine konkreten Informationen vor. Die reduzierte Stellenzuweisung steht prozentual im gleichen Verhältnis wie die reduzierte Mittelzuweisung für das Jobcenter aus den Haushaltsmitteln der Bundesagentur für Arbeit. Der Rückgang der Mittel für den Eingliederungstitel bei den Jobcentern und die Beibehaltung der Trägervielfalt im Jobcenter Nord haben den Prozess stark beeinflusst. Eine grundsätzliche Entscheidung zur zukunftsorientierten Gestaltung der Trägerlandschaft wurde nicht getroffen.

Durch das Jobcenter wurden für das Jahr 2014 durchschnittlich 232 Kontingente für Arbeitsgelegenheiten bewilligt. Diese Kontingente waren der Ausgangspunkt für die zu planenden Personal- und Fixkosten 2014.

Die Probleme bei der zeitnahen und vollständigen Besetzung der Stellenkontingente haben sich 2014 weiter verstärkt, was sich auf die konkreten finanziellen Erstattungen ausgewirkt hat. Die nachträglichen Erstattungen für nicht besetzte Stellenkontingente erfolgten mit weiterem Zeitverzug. Die Vorleistungen seitens der Gesellschaft waren in erheblicher Höhe dauerhaft monatlich zu erbringen.

Das hatte gleichzeitig zur Folge, dass der verwaltungstechnische Aufwand im Zusammenhang mit der Besetzung der Arbeitsgelegenheiten sowohl im Bereich Finanzen als auch Integration bei einer äußerst knappen Personalausstattung weiter gestiegen ist.

Es erfolgte zwischen den Bereichen Integration und Finanzen ein monatlicher Abgleich zwischen dem Soll und Ist der gezahlten Fallpauschale. Zusätzlich erfolgte im Bereich Integration ein wöchentlicher Abgleich zwischen Soll und Ist der besetzten Arbeitsgelegenheiten.

Über diesen Stand der Besetzung wurden die Jobcenter regelmäßig aktuell informiert und die Erstattung der Fallpauschale für die nicht besetzten Arbeitsgelegenheiten regelmäßig beantragt. Dies geschah unter Angabe der Gründe für die Nichtzahlung für jede einzelne Arbeitsgelegenheit und dem Nachweis des verwaltungstechnischen und statistischen Aufwandes, der für die Gesellschaft entstanden ist.

Diesen Anträgen wurde durch das Jobcenter stattgegeben, so dass die Fallpauschale für durchschnittlich 247 Arbeitsgelegenheiten vollständig erstattet wurde.

2014 wurden 52 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Bundesprogramms Bürgerarbeit fortgeführt. Alle Arbeitsverhältnisse endeten vertragsgemäß im Verlaufe des Jahres 2014, da die Förderperiode für dieses Instrument endete.

Insgesamt waren in der Gesellschaft in allen Aktivierungsmaßnahmen und den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im Jahr 2014 durchschnittlich 299 Personen tätig. Dies sind 34 % weniger als 2013. Der Stellenrückgang in der Regionalgesellschaft entspricht dem allgemeinen Trend des Rückgangs in den Mitteln des Eingliederungstitels beim Jobcenter seit 2010. Diese Auswertungszahlen ergeben sich aus einer monatlich aktualisierten internen Statistik.

Die Laufzeit einer Arbeitsgelegenheit beträgt in der Regel maximal 6 Monate. Somit wird eine Arbeitsgelegenheit im Jahr in der Regel mit 2 Teilnehmern besetzt. Durch das vorzeitige Ausscheiden von Teilnehmern aus laufenden Aktivierungsmaßnahmen und das Nachbesetzen dieser frei gewordenen Arbeitsgelegenheiten wurden im Jahr 2014 letztendlich insgesamt 622 Personen im Rahmen der verschiedenen Aktivierungsmaßnahmen betreut.

Mit der Integration von langzeitarbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in eine Arbeitsgelegenheit wurde ein wichtiger arbeitstherapeutischer Beitrag mit dem Blick auf Integrationsmöglichkeiten und -fähigkeiten in reguläre Arbeitsverhältnisse geleistet.

34 Teilnehmer aus Aktivierungsmaßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung wechselten in ein Arbeitsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt, in eine Weiterbil-

derung oder in eine Berufsausbildung, 6 weitere Teilnehmer wechselten in einen Bundesfreiwilligendienst.

Für das Geschäftsjahr 2014 ist einzuschätzen, dass es sich um ein insgesamt wirtschaftlich angespanntes Geschäftsjahr gehandelt hat. Die Geschäftsabläufe wurden auf niedrigem Niveau der Teilnehmerzahlen und zur Verfügung stehender finanzieller Mittel stabil realisiert.

Durch die insgesamt sparsame Haushaltsführung und ständige Kontrolle von Plan und Ist, konnten Reserven aktiviert werden und nicht vorhersehbare finanzielle Belastungen für die Gesellschaft unter Nutzung der Einnahmen und noch vorhandener Rücklagen kompensiert werden.

Der Trend für das laufende und das kommende Geschäftsjahr wird kontinuierlich verfolgt. Diese Schritte im Rahmen des Risikomanagements wurden in der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Vorpommern-Greifswald Nord auch 2014 kontinuierlich mit monatlichem Abgleich fortgeführt.

Auch 2014 wurde mit der Stadt Anklam, der Stadt Wolgast, dem Amt Anklam-Land, dem Amt Usedom-Nord, dem Amt Usedom-Süd, der Gemeinde Kröslin und der Gemeinde Ostseebad Heringsdorf und den darüber hinaus dort ansässigen Vereinen und Kirchengemeinden zusammengearbeitet.

2014 bestanden 168 Kooperationsvereinbarungen, die die Zusammenarbeit für den Einsatz von Teilnehmern in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und in Bürgerarbeit regeln. Diese Vereinbarungen sind Vorratsvereinbarungen, die sicherstellen, dass grundsätzlich ein Einsatz von Teilnehmern in Arbeitsgelegenheiten möglich ist. Ein Anspruch seitens des Kooperationspartners auf Besetzung besteht daraus nicht. Diese Verfahrensweise sichert der Gesellschaft die Möglichkeit, flexibel auf die Anforderungen der Jobcenter zu reagieren.

Bei 73 Kooperationspartnern wurden 2014 die Möglichkeiten für den Einsatz von Teilnehmern in den abgestimmten Tätigkeitsfeldern genutzt.

2. Analyse des Geschäftsverlaufs und der für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren

Eine Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit hat es auch im Jahr 2014 im Rahmen des SGB III nicht gegeben, da keine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der bisherigen Form aufgelegt wurden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Planungssicherheit seit dem Wechsel von der Sozialagentur Ostvorpommern / Vorpommern-Greifswald zum Jobcenter auch im zweiten Jahr der Zusammenarbeit nicht verbessert hat.

Die Stellenkontingente für die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung wurden für das 1. Halbjahr 2015 verbindlich mit Zuwendungsbescheid festgelegt. Für das 2. Halbjahr 2015 liegt uns lediglich eine Zusage per Mail an den Gesellschafter Wolgast für das Kontingent vor. Diese Vorabinformation beläuft sich auf 230 Stellen für das 2. Halbjahr 2015 und insofern wurde bei der Fortschreibung des Wirtschaftsplans von einer zu erwartenden durchschnittlichen Teilnehmerzahl 2015 von 215 Stellen ausgegangen.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung in den Tätigkeitsfeldern wurde entsprechend des Gesellschaftsvertrages mit den Jobcentern beibehalten. Die Jobcenter haben sich mit den entsprechenden Verwaltungsbereichen des Landkreises Vorpommern-Greifswald und den Kammern dazu abgestimmt.

Im Januar 2015 führte die Zertpunkt GmbH das Förderaudit zur Umsetzung der DIN EN ISO 9001:2008 sowie der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) durch. Im Rahmen dieser Begutachtung wurde durch die Gesellschaft erneut der Nachweis der nachhaltigen Weiterentwicklung des Managementsystems und Erfüllung der AZAV-Anforderungen erbracht. Die Gesellschaft hat damit erneut ihre Qualität der Arbeit auf den verschiedenen Geschäftsfeldern unter Beweis gestellt und so wichtige Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter erneuert.

Die Zahl der Integrationsbetreuer entsprechend den zu betreuenden Teilnehmern musste trotz des beschriebenen Rückgangs der Zuweisungen 2014 konstant gehalten werden, um so die Betreuungsqualität in der Fläche zu sichern.

Alle Betreuungsaufgaben wurden weiterhin von den Standorten in Anklam-Stadt und Mölschow

organisiert und durchgeführt. Die wöchentliche Arbeitszeit der Mitarbeiter im Bereich Betreuung und Verwaltung wurde entsprechend der Kontingente angepasst und zum Teil reduziert. Im Bereich Finanzen wurde das Arbeitsverhältnis mit der Mitarbeiterin für Lohn beendet, da die Anzahl der Lohnfälle im Verlaufe des Jahres immer weiter zurückgegangen ist. Diese Arbeiten wurden von dem Mitarbeiter der Finanzbuchhaltung übernommen und insofern die Arbeitszeit mit 40 Wochenstunden beibehalten. Auf Grund von dauerhaften Erkrankungen wurden die Arbeitszeiten im Rahmen der Krankheitsvertretung angepasst. Da die Einsatzzeit der Teilnehmer in Aktivierungsmaßnahmen in der Regel maximal 20 Stunden betrug und nur in Ausnahmen 30 Stunden, konnte im Jahresdurchschnitt der Betreuungsschlüssel von 1 : 25 gehalten werden, basierend auf der Vereinbarung mit dem Finanzamt zur Sicherung der Gemeinnützigkeit.

Durch das große Engagement der Mitarbeiter ist es gelungen, die gewohnte Qualität in der sozialpädagogischen und arbeitstherapeutischen Betreuung kontinuierlich zu gewährleisten.

Ca. 34 % aller durch die Gesellschaft betreuten Teilnehmer und Arbeitnehmer wurden durch die Mitarbeiter des Standorts Anklam-Stadt / Anklam-Land betreut. Um der Mittelsituation Rechnung zu tragen und die Effektivität und Qualität der Arbeit sicherzustellen, wurden verwaltende Arbeiten des Standortes Anklam an den Hauptsitz der Gesellschaft zurückverlagert. Die Integrationsbetreuer wirkten weiterhin mit einer klaren territorialen Zuordnung, so dass die Arbeit mit den Kooperationspartnern in gewohnter Art und Weise fortgesetzt wurde.

Das kooperative Zusammenwirken in den täglichen Prozessen aller am Umsetzungsprozess Beteiligten konnte so kontinuierlich fortgesetzt und schnell auf auftretende Probleme mit gezielter sozialpädagogischer Betreuung der Teilnehmer reagiert werden.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden insgesamt 18 Stellen mit Teilnehmern des Bundesfreiwilligendienstes besetzt, die ausnahmslos im Bereich Usedom aktiv und zur materiell-technischen Sicherstellung der Projekte in diesem Bereich eingesetzt wurden.

Mit dem firmeninternen Bereich Usedom aktiv und den verschiedenen Werkstätten in den firmeneigenen Gebäuden verfügt die Gesellschaft über sehr umfangreiche Möglichkeiten zur befristeten Integration von Langzeitarbeitslosen jeglichen Alters, aber auch für Menschen mit Mobilitätsbeschränkungen.

Im arbeitstherapeutischen Sinne wird hier, besonders hinsichtlich der Neuorganisation von Tagesabläufen und des Umgangs mit Leistungsanforderungen mit den Teilnehmern und Arbeit-

nehmern gearbeitet. Selbstorganisation, die Unterstützung bei der Bewältigung von individuellen Problemen und dem Abbau von Ängsten und Blockaden stehen im Vordergrund der sozialpädagogischen Betreuung. Das Erproben von flexiblen Arbeitszeitmodellen beeinflusst die Integrationsmöglichkeiten in den regulären Arbeitsmarkt positiv.

Die Betreuung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die in verschiedenen Tätigkeitsfeldern zum Einsatz kamen, war grundsätzlich in allen Bereichen der Gesellschaft besonders darauf gerichtet, deren Arbeitsfähigkeit, Arbeitsbereitschaft und Arbeitswilligkeit zu überprüfen und weiter zu entwickeln.

Durch die Integrations- und Teilnehmerbetreuer wurden Bemühungen zur Bewerbung um reguläre Arbeit unterstützt. Ebenso wurden Einweisungen zu Themen des Arbeitsschutzes und der Anwendung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes durchgeführt.

Den sich ständig erhöhenden Qualitätsanforderungen an Betreuung und Verwaltung wurde weiterhin Beachtung geschenkt. Hinsichtlich der weiteren Anforderungen an die Mitarbeiter wurden u. a. kostengünstige Weiterbildungsangebote durch die Teilnahme an Tagungen und Seminaren der bag arbeit e.V. in Anspruch genommen.

Der Mitarbeiter Finanzen nahm regelmäßig an Fachseminaren zu den in der täglichen Arbeit verwendeten Programmen und zu Neuregelungen bei Lohn- und Finanzbuchhaltung teil.

Die Gesamtbesucherzahl 2014 im Gesamtensemble Usedom aktiv betrug ca. 20.000. Damit blieben die Besucherzahlen im Vergleich zum vergangenen Jahr stabil.

Auf die Alte Gutsanlage entfielen 8.906 und auf den Bauerngarten 4.752 Besucher. Ca. 6.000 Besucher nutzten nur die kostenfreien Angebote sowie die Außenanlagen und besuchten das Bistro. Hierbei handelt es sich vorrangig um Familien mit Kindern unter 5 Jahren.

Dies bedeutet einen Rückgang an Eintritt zahlenden Besuchern. Es ist zu verzeichnen, dass diese Besuchergruppe, die bisher keinen Eintritt gezahlt haben, aber die kostenfreien Angebote und das Bistro nutzten, zugenommen hat. Auf Grund dieser Entwicklung wird, wie in anderen touristischen Einrichtungen der Region auch, seit September 2014 Eintritt für Kinder ab 3 Jahren erhoben.

Die Angebote des Bereichs Usedom aktiv richten sich an Kinder und Jugendliche, die Interesse an einer kreativen, aktiven und sinnvollen Freizeitbeschäftigung haben. Ebenso werden in Kooperation mit Jugendeinrichtungen Angebote entwickelt, die sich an benachteiligte und aus sozial schwachen Verhältnissen stammende Kinder richten. Die Gesellschaft ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe

Die Besucherzahlen werden monatlich für die einzelnen Einrichtungen des Gesamtensembles erfasst und zeitnah ausgewertet. Am Ende der Saison werden diese Zahlen für das gesamte Geschäftsjahr ausgewertet.

Bei den Veranstaltungen konnten die Besucherzahlen stabil gehalten werden. Zu verzeichnen ist dabei, dass sich der Anteil zwischen Eintritt zahlenden Erwachsenen und Eintritt zahlenden Kindern verschoben hat. Bei den Erwachsenen ist ein Rückgang, bei den Kindern ein Zuwachs zu verzeichnen. Obwohl die Tatsache, dass Familien mit vielen Kindern die Veranstaltungen besuchen, positiv zu bewerten ist, wirkt sich das aber insgesamt negativ auf die Einnahmen aus Eintritt und gastronomischer Versorgung aus.

Die Arbeitszeiten der Werkstattverantwortlichen wurden den saisonalen Erfordernissen angepasst. Auf Grund der Vermittlungshemmnisse der Teilnehmer hat sich der zeitliche Aufwand für Organisation, Anleitung und Kontrolle in den Arbeitsgelegenheiten für die Werkstattverantwortlichen erheblich erhöht.

Ein Rückgang bei den Einnahmen aus dem allgemeinen Produktverkauf ist zu verzeichnen, was letztendlich auf die gesunkene Qualität und Effektivität in den ausgeführten Tätigkeiten durch die Teilnehmer zurückzuführen ist.

Im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit konnten wir Gäste u. a. aus Polen, Frankreich, Schweden und Brasilien begrüßen, die auch die Möglichkeit der Beherbergung nutzten. Insgesamt wurden 2.410 Übernachtungen gebucht. Die überwiegende Anzahl der Herbergsgäste waren Kinder und Jugendliche, darunter vorrangig Schüler aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg und Jugendliche aus sozialtherapeutischen Wohngruppen und Vereinen.

Ca. 60 % der gebuchten Übernachtungen erfolgten im Zusammenhang mit Gruppenfahrten von Schulklassen, Vereinen oder Musikensembles. Die Gesamtauslastung lag im Jahr 2014 bei 80 Tagen. Dies ist ein Anstieg um 11 Tage, was zur Folge hatte, dass die Einnahmen aus dem Bereich Beherbergung erhöht werden konnten. Die Vorbuchungen 2015 zeigen eine positive Tendenz. Die Bandbreite der Werbemöglichkeiten, um zusätzliche Gäste zu gewinnen, konnte aus finanziellen Gründen nicht erweitert werden.

Auf den Gesellschafterversammlungen und Beratungen des Aufsichtsrates werden diese Zahlen ebenfalls vorgestellt.

3. Vermögenslage

Die Vermögenslage kann als gut eingestuft werden. Dies zeigt sich vor allem an der unverändert hohen Eigenkapitalquote von 51 % (48 %).

4. Ertragslage

	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung TEUR
a) Umsätze	223	269	-46
b) Zuwendungen	1.023	1.407	-384
	<u>1.246</u>	<u>1.676</u>	<u>-430</u>

Die Umsätze resultieren im Wesentlichen aus den Aktivitäten des Bereiches Usedom aktiv, des angeschlossenen Gaststättenbetriebes sowie des arbeitstherapeutischen Zuschusses der aktiven Kooperationspartner im Programm „Bürgerarbeit“.

Der Rückgang der Umsätze resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Einnahmen des Bereichs Usedom aktiv (Bistro, Eintritt und Kursgebühren) letztendlich mit beeinflusst durch die Anpassung von Öffnungs- und Arbeitszeiten an die Personalsituation. Weiterhin hat der weiter reduzierte Einsatz von Teilnehmern bei Kooperationspartnern zur Reduzierung des arbeitstherapeutischen Zuschusses geführt. Verursacht durch den drastischen Stellenrückgang von 2013 auf 2014 und das schrittweise Auslaufen des Bundesprogrammes Bürgerarbeit wurden die Umsätze maßgeblich rückläufig beeinflusst.

Der Rückgang der Zuwendungen betrifft den Rückgang der Teilnehmer in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung um 34 % und das Auslaufen des Bundesprogrammes Bürgerarbeit.

Im Übrigen kann die Ertragslage der Gesellschaft durch Gegenüberstellung der folgenden drei Teilergebnisse vor Verwendung der Rücklagen verdeutlicht werden:

	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung TEUR
a) Ergebnis des ideellen Bereichs	-62	-47	-15
b) Ergebnis der Vermögensverwaltung	1	1	0
c) Ergebnis des wirtschaftlichen Bereichs	3	3	0
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	<u>-58</u>	<u>-43</u>	<u>-15</u>

Das Ergebnis des ideellen Bereiches ist negativ, was durch nicht im Vorfeld planbare Kosten, aber dennoch unabwendbare Kosten, verursacht ist.

Maßgeblich für das Ergebnis sind im Wirtschaftsplan 2014 nicht geplante und nicht vorhersehbare Aufwendungen für:

	EUR
- Reparatur Brandschutz-Dachfenster JHH	3.300,00
- Schadensbegutachtung Dach JHH	1.000,00
- Umrüstung EDV auf Windows 7 und Reparatur Server	3.700,00
- Reparatur Wasseranlage Bauerngarten	800,00
- Rückgabekosten Leasingfahrzeug OVP-ZI 201, auf Grund erheblicher Mängel am Fahrzeug	3.000,00
- Übernahmefinanzierung eines Leasingfahrzeuges auf Grund hoher Rückgabekosten OVP-ZI 132	3.000,00
- Nachzahlung E.on edis Nachtstrom Bauerngarten	1.500,00
- Aktenvernichtung	1.600,00
- Kontrolle ortsveränderlicher Elektrogeräte im öffentlichen und Besucherbereich	4.000,00
- Erhöhte Urlaubsrückstellung bei Dauerkrankheit	4.000,00

Insofern belaufen sich die außerplanmäßigen und nicht abwendbaren Kosten im Geschäftsjahr 2014 auf T€ 25.900.

Insbesondere die entstandenen zusätzlichen Fahrzeugkosten sind auf die unsachgemäße Behandlung derselben durch Teilnehmer und die nicht zeitnah angezeigten Schäden durch die verursachenden Teilnehmer zurückzuführen.

Die Reparatur des Brandschutzfensters war erforderlich geworden, da Gäste im Beherbergungsteil unbefugt gewaltsam das Fenster geöffnet haben.

Die Umrüstung und Reparatur an der EDV-Technik musste erfolgen, um die Arbeitsfähigkeit und Datensicherheit zu gewährleisten.

Auf Grund der abgelaufenen Aufbewahrungsfristen für Akten und der Auflösung von Standorten mussten in größerem Umfang Akten vernichtet werden, da die Lagermöglichkeiten in den Räumen der Gesellschaft ausgeschöpft sind. Das Kreisarchiv steht dafür laut Aussage der dortigen Mitarbeiter aus Platzgründen nicht mehr zur Verfügung.

Es ist festzustellen, dass das seit Jahren durch Steuerberater und Wirtschaftsprüfer beschriebene strukturelle Problem bezüglich der finanziellen Sicherung der Gesellschaft durch Mittel aus den Maßnahmen bzw. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen erstmalig nicht kompensiert werden konnte. Wurden bisher lediglich die nicht förderfähigen außerplanmäßigen Kosten aus den Rücklagen ausgeglichen, so stellt sich das Problem seit 2014 anders dar. Die außerplanmäßigen Kosten, die durchaus förderfähig sind, wie zum Beispiel Fahrzeugkosten, Reparaturkosten an Gebäuden, Nachzahlungen für Energiekosten, konnten nicht aus Maßnahmenkosten beglichen werden, da der deutliche Rückgang der Stellenkontingente von 2013 auf 2014 um 34 % das nicht zuließ. Insofern bestätigt sich, dass die stets anvisierten durchschnittlich 300 Teilnehmer in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für die Erhaltung der Stabilität der Gesellschaft zwingend erforderlich sind.

Das Ergebnis der Vermögensverwaltung beinhaltet ausschließlich Zinseinnahmen. Die Zinsaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Kontokorrentzinsen für die Zwischenfinanzierung der Maßnahmen und wurden daher im ideellen Bereich erfasst.

Das Ergebnis des wirtschaftlichen Bereiches resultiert zum Beispiel aus den Einspeisevergütungen nach EEG für die Photovoltaikanlage des Jugendhandwerkerhofes, Ausleihgebühren und dem Bücherverkauf.

5. Beschaffung

Die Planungen für die Sachkosten-Verwendungen erfolgten entsprechend der konkreten Zuwendungsbescheide. In Auswertung der einsatzbezogenen Bedarfsermittlung erfolgt der Abgleich mit der Gesamtplanung. Daraus werden die notwendigen Festlegungen für die Beschaffung von Ausstattungen, Materialien und Werkzeugen abgeleitet. Mit dem Einsatz eines festen Betrages für Sachkosten ist die Arbeitsfähigkeit in den verschiedenen Arbeitsgelegenheiten zu jeder Zeit gesichert.

6. Investitionen

2014 waren ungeplante Investitionen erforderlich, da die unsachgemäße Nutzung eines Leasingfahrzeuges durch befristet eingesetzte Teilnehmer zu hohen Rückforderungen der Leasingbank geführt hätten. Die weitere Finanzierung des Fahrzeuges stellte sich als finanziell sinnvolle Lösung dar, zumal darüber hinaus der Fahrzeugpark nicht erweitert wurde. Andere Fahrzeuge, die nicht mehr benötigt wurde, wurden veräußert.

Ersatzbeschaffungen waren nicht erforderlich.

7. Finanzierung

Den Hauptpfeiler der Personalkostenfinanzierung stellt die Trägerpauschale für die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung dar, die pro Monat und Teilnehmer in der Regel EUR 150 betrug. Bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für Ältere betrug die Fallpauschale für ältere Maßnahmen 50 €. Über diese Finanzierungsschiene wurden wesentliche Personalkosten und Fixkosten der Gesellschaft abgesichert.

Die Bereitstellung des arbeitstherapeutischen Zuschusses, der durch die Kooperationspartner bereitgestellt wird, dient der Qualitätssicherung der Betreuung der Teilnehmer.

Auch hier zeigt sich, dass der Rückgang der Stellenzuweisungen maßgeblichen Einfluss hat, da durch die geringere Anzahl an Kooperationsvereinbarungen auch dieser Zuschuss im Vergleich zu 2013 rückläufig gewesen ist.

Fehlende Personalkosten für Mitarbeiter aus dem Bereich Usedom aktiv werden aus Einnahmen finanziert.

Festzustellen ist, dass die Gesamtfinanzierung der variablen Kosten und der Fixkosten für die Teilnehmer in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und Projektkosten zu jedem Zeitpunkt im Jahr auf Grund der noch vorhandenen Rücklagen sichergestellt war.

In diesem Zusammenhang musste 2014 auf die Bildung des Leistungsfonds für leistungsbezogene Einmalzahlungen verzichtet werden. Dieser wurde bisher jährlich in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft in jedem Geschäftsjahr neu festgelegt.

Die Stellenreduzierung und die Zielstellung, die Gesamtfinanzierung zu sichern, haben die Bildung des Leistungsfonds 2014 unmöglich gemacht. Gleichzeitig wurden neue Arbeitszeitmodelle erarbeitet, durch die die Personalkosten ebenfalls reduziert wurden, ohne dass die notwendige Qualität der Betreuung infrage gestellt wurde durch Stellenabbau.

Durch die Fortführung bzw. Verlängerung von zwei Sonderprojekten durch die Otto-Brenner-Stiftung/ Neue Länder konnten Personalkosten anteilig gestützt werden. In einem dieser Projekte stehen anteilige Personalmittel bis Juli 2016 zur Verfügung. Für das zweite Projekt besteht die Möglichkeit der Verlängerung bis Juli 2016.

8. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die in 2014 nachhaltig wirksam gewordene Stellenreduzierung um 34 % und der damit verbundene Rückgang der zur Verfügung stehenden Mittel verlangte zwingend die Fortsetzung einer auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gerichteten Geschäftspolitik. Die Umstrukturierung der Standorte, deren Reduzierung und die damit einher gehenden personellen Umsetzungen haben ermöglicht, dass das Geschäftsjahr 2014 konstruktiv, geordnet und mit einer qualifizierten Arbeitsfähigkeit realisiert werden konnte.

Dennoch haben alle eingeleiteten Maßnahmen zur Kompensation der finanziellen Rückgänge nicht zum gewünschten Ergebnis geführt.

Die freiwerdenden Geschäftsanteile konnten nicht gegen Zahlung einer Abfindung an die ausscheidenden Gesellschafter durch die Gesellschaft selbst übernommen werden.

Da Instandhaltungsrücklagen für Immobilien in einer gemeinnützigen GmbH nicht zur Verfügung stehen, mussten Instandhaltungen und Reparaturen aus den liquiden Mitteln bestritten werden. Die Aufwendungen zur Instandhaltung für Reparaturen am Objekt nach 10 Jahren Be-

trieb bewegen sich dennoch im üblichen Rahmen. Dies gilt ebenso für die Kosten der Prüfung elektrischer Geräte in den öffentlich zugänglichen Bereichen und Gästebereichen der Alten Gut-sanlage.

Durch den Kontokorrentkredit war die Liquidität zu jeder Zeit gesichert und allen Verpflichtungen konnte fristgerecht nachgekommen werden.

Das Programm „Bürgerarbeit“ wurde durch die Gesellschaft bis zum Auslaufen des Bundesförderprogramms zum Ende des Jahres weiter bearbeitet. Auch hier agieren wir gemeinsam mit Kooperationspartnern aber auch in Eigenregie bei der Durchführung.

Insgesamt wurden im Verlaufe der 3jährigen Förderperiode 54 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gemäß Bundesprogramm Bürgerarbeit eingerichtet. In Zusammenarbeit mit 32 Kooperationspartnern wurden diese realisiert. In allen Fällen handelt es sich nicht um Leiharbeitsverhältnisse, da die Personalhoheit und das Weisungsrecht bei der Regionalgesellschaft verbleiben.

Für die Regionalgesellschaft wurden 5 Stellen aus dem Bundesprogramm Bürgerarbeit in Eigenregie bewilligt.

Im Januar 2014 erfolgte nach erneuter Genehmigung zur Arbeitnehmerüberlassung eine weitere Überprüfung der zuständigen Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit. Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Gesellschaft kein Prüfergebnis zur Kenntnis gegeben und keine Maßnahmen zu Lasten der Gesellschaft eingeleitet. Mit dem Geschäftsjahr 2014 sind alle Arbeitsverhältnisse im Rahmen dieses Förderprogramms ausgelaufen. Insofern ist das Risiko möglicher finanzieller Forderungen zwar nicht gänzlich aufgehoben, jedoch aus unserer Sicht minimiert.

Eine erneute Genehmigung zur Arbeitnehmerüberlassung wurde in Abstimmung mit den Gesellschaftern nicht beantragt. Ausgangspunkt für die Entscheidung ist, dass es im Rahmen der Arbeitsmarktförderung keine Programme aktuell gibt, die dies erforderlich machen.

B. Hinweise auf die künftige Entwicklung und auf wesentliche Risiken

Die grundsätzliche Zielstellung bleibt weiterhin die Existenzsicherung wirksamer Strukturen unter Berücksichtigung der steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Aus diesem Grund wurde Ende 2013 durch den Landkreis Vorpommern-Greifswald eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich nicht nur mit der Perspektive der Regionalgesellschaft, sondern mit der aller kommunalen Beschäftigungsträger, die ihren Sitz im Landkreis haben, beschäftigen sollte. Ihre Aufgabe war es, einen Vorschlag zu erarbeiten, der als Beschlussvorschlag für den Kreistag bzw. die Trägerversammlung der Jobcenter dazu dienen sollte, die 3 großen kommunalen Beschäftigungsgesellschaften im Rahmen einer Trägerkonzentration zu stabilisieren und zukunftsfähig zu sichern. Diese Arbeit wurde engagiert unter Mitwirkung der Geschäftsführer der Jobcenter Süd und Nord und der Geschäftsführer der 3 großen kommunalen Gesellschaften geleistet und sollte als Grundlage für die Mittelzuweisung 2015 dienen. Zu einer Beschlussfassung ist es jedoch nicht gekommen, so dass sich an der Zuweisungspraxis, insbesondere im Jobcenter Nord und an der dort praktizierten Trägervielfalt nichts geändert hat.

Die damit verbundenen Auswirkungen für die Gesellschaft sind bereits dargestellt und die Konsequenzen für den Fortbestand der Gesellschaft aufgezeigt.

Im 3. Quartal des Geschäftsjahres 2014 wurden uns die Freistellungsbescheide und somit die Bestätigung der Gemeinnützigkeit für die Jahre 2009 - 2012 durch das Finanzamt Greifswald ausgestellt. Was unsere steuerrechtlichen Zuordnungen im Jahresabschluss bestätigt hat und demzufolge wird auch im Abschluss 2014 so verfahren.

Die in den vergangenen Jahren getroffenen Spendenvereinbarungen konnten auf der Basis dieser Bescheide abschließend bearbeitet werden und Bestandteile der Ausstattung und Ausstellung im Bereich Usedom verbindlich in das Eigentum der Gesellschaft überführt werden.

Auf der Basis der Vorausschau der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der derzeitigen Kenntnis der Finanzierungsbedingungen muss die Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Vordergrund stehen.

Im September 2014 wurden die Planzahlen für das erste Halbjahr 2015 durch das Jobcenter Nord bekannt gegeben. Diese Zahlen (167 geplante Zuweisungen für das 1. Halbjahr 2015) stellten unmittelbar eine existenzielle Bedrohung der Gesellschaft dar, da diese sehr deutlich

unter den Ansätzen des Jahres 2014 lagen und die Planungssicherheit auch nur für das 1. Halbjahr bestand.

Auf dieser Basis waren sowohl der Aufsichtsrat als auch die Gesellschafterversammlung über die Konsequenzen und verschiedene Handlungsoptionen durch die Geschäftsführerin informiert worden. Alle Informationen lagen neben der mündlichen Darstellung in Schriftform vor.

Seitens des Hauptgesellschafters, dem Landkreis Vorpommern-Greifswald, war in der Gesellschafterversammlung im November 2014 die Existenz der Gesellschaft grundsätzlich infrage gestellt und zugleich eine Liquidation vorgeschlagen worden.

Die dafür notwendigen Gesellschafterbeschlüsse können erst nach Abwägung aller Aspekte erarbeitet werden. Dazu gehört ein vom Hauptgesellschafter angeregtes Gutachten über die Immobilien und den Grund und Boden der Gesellschaft, welches durch die Gutachterkommission des Landkreises erstellt werden soll. Dieses Gutachten lag bis zur Fertigstellung des Jahresabschlusses nicht vor. Weiterhin ist für eine geordnete Abwicklung eine Bewertung des gesamten Vermögens, so auch der stillen Reserven vorzunehmen. Die dazu erforderlichen Arbeiten sind zum Zeitpunkt der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2014 noch nicht abgeschlossen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende suchte im Ergebnis der Gesellschafterversammlung im Zusammenwirken mit dem Gesellschafter Stadt Wolgast das Gespräch mit dem Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit Greifswald, um den Sachverhalt grundsätzlich und auch seine Auswirkungen auf die Gesellschaft zu besprechen. Im Ergebnis dessen wurden durch den Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit Greifswald dem Gesellschafter Stadt Wolgast mitgeteilt, dass die Ausgangszahlen für das 1. Halbjahr 2015 auf 200 Zuweisungen festgelegt wurden und im 2. Halbjahr mit einer Zuweisung von 230 Stellen zu rechnen ist. Auf dieser Basis wurde der im November 2014 beschlossene Wirtschaftsplan fortgeschrieben und den Aufsichtsratsmitgliedern vorgelegt.

Der Aufsichtsrat hat die Gesellschafter im Januar 2015 schriftlich aufgefordert, Alternativen zu einer Abwicklung der Gesellschaft zu prüfen, für Beschlussfassungen die Vorlage des geprüften Jahresabschlusses abzuwarten und alternative Nutzungskonzepte für die Alte Gutsanlage in Mölschow zu prüfen.

Darüber hinaus wurden durch die Geschäftsführerin offizielle Anfragen zur Aufhebung der Bindungsfristen für die ausgereichten Fördermittel sowohl beim Wirtschaftsministerium, dem Landesförderinstitut und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gestellt. Belastbare Aussagen dazu liegen zum Zeitpunkt der Prüfung nicht vor.

Durch die weitere Kürzung der Kontingente und die Notwendigkeit der Einhaltung von Qualitätsstandards in Betreuung und Verwaltung und den ausgeschöpften Möglichkeiten der Einsparung in den Fixkosten wurde ein Wirtschaftsplan 2014 verabschiedet, der die Inanspruchnahme von finanziellen Reserven der Gesellschaft in Höhe von 44 T€ festschreibt. Die im 4. Quartal 2014 vorgenommene Hochrechnung, die nicht planbaren zusätzlichen, aber dennoch unvermeidbaren Kosten aus dem Geschäftsjahr 2014 und die Auswirkungen der Abschreibungen haben das Ergebnis des Jahresabschlusses nachhaltig beeinflusst und somit die Ausgangssituation für das Geschäftsjahr 2015 verschlechtert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist durch den Kontokorrentkredit gesichert, das Stammkapital steht zum Stichtag 31.12.2014 in voller Höhe zur Verfügung.

Das im Wirtschaftsplan 2014 geplante Ergebnis konnte aus den dargestellten Gründen nicht erreicht werden und beläuft sich nun auf einen Jahresfehlbetrag von ca. 58 T€.

In der Fortschreibung des Wirtschaftsplans wird durch die aktuelle Planung für das Jahr 2015 von einem negativen Jahresergebnis in Höhe 60 T€ ausgegangen. Damit wird die Stabilität auch weiterhin nachhaltig beeinträchtigt. Existenzielle Entscheidungen sind unabdingbar und unter der Berücksichtigung aller gesellschaftsrechtlichen, steuerlichen und arbeitsrechtlichen Aspekte zu treffen. Dabei ist in jeden Fall abzuwägen, wie sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis darstellt und welche Chancen und Risiken verschiedene Optionen haben.

Für die durch die Berufsgenossenschaft seit dem Jahr 2012 erhobenen Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung der Teilnehmer in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung erfolgt eine quartalsweise Weiterberechnung gegenüber den jeweiligen aktiven Kooperationspartnern entsprechend Teilnehmern und Monat.

Um auch zukünftig eine termingerechte finanzielle Abwicklung aller Geschäftsvorfälle zu gewährleisten, werden, wie in den vergangenen Jahren auch, folgende Maßnahmen ergriffen:

- Beibehaltung des Kontokorrentkredites bei der Sparkasse Vorpommern
- Wöchentlicher Soll-Ist Vergleich der Beschäftigtenzahlen
- Kurzfristiger Kontakt mit dem Jobcenter bei nicht besetzten Arbeitsgelegenheiten, die eine Nichtzahlung der Trägerpauschale zur Folge haben
- Zeitnahe Mittelabrechnung bei den Zuwendungsgebern
- Nutzung aller Zahlungsvergünstigungen
- Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten über ein vielseitiges und interessantes Angebot für Kinder und Jugendliche sowie Angebote, die die Pflege der Regionalgeschichte zum Inhalt haben
- zusätzliche Projektakquise zur Mittelgewinnung im Bereich Personalkosten und zur Verbesserung der Angebote im Bereich Usedom aktiv

Die Geschäftsführung wird auch weiterhin das Hauptaugenmerk auf die finanzielle Absicherung aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und neu anzuwendenden Instrumente richten. Dabei ist stets der Gesellschaftszweck in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen und seine Einhaltung stets zu prüfen und zu wahren. Die Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft und den Gesellschaftern wird auch zukünftig kontinuierlich fortgesetzt.

Der Bestand der Gesellschaft ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt für das Geschäftsjahr 2015 als gefährdet anzusehen. Auch die Zusage des Jobcenters für das 2. Halbjahr 2015 wird selbst bei uneingeschränkter Umsetzung die Gefährdungssituation nicht verändern. Bei einem weiteren Rückgang des Kerngeschäfts ist davon auszugehen, dass es besondere Maßnahmen zur Sicherung der Vermögenswerte der Gesellschaft geben muss.

Gleichzeitig sollten weitere Bemühungen erfolgen, bei Rückgang des Kerngeschäfts alternative Nutzungs- und Gestaltungskonzepte für die Alte Gutsanlage zu entwickeln, die als Eigentum der Gesellschaft eine Basis mit Entwicklungspotenzial darstellt.

Im Rahmen der Vorausschau im 4. Quartal 2014 auf das Jahr 2015 war die Hochrechnung der Buchhaltung bei den Personal- und Fixkosten von einem zeitlich falschen Ansatz ausgegangen, so dass die Inanspruchnahme der Reserven und die Ausgangssituation für das Geschäftsjahr 2015 unzutreffend beurteilt wurden. Wodurch sich das Ergebnis des geprüften Jahresabschlusses deutlich von den Hochrechnungen des 4. Quartals 2014 und der angenommenen Ausgangssituation 2015 unterscheidet.

Zum Stichtag 31.12.2014 stand das Stammkapital in voller Höhe zur Verfügung.

Ausgehend von der Annahme, dass die nunmehr beschriebene Ausgangssituation für das Geschäftsjahr 2015 unverändert eintritt, wird die in Höhe des Stammkapital zurückgelegte Liquidität zum 31.12.2015 nicht vollständig verbraucht sein, allerdings auch nicht mehr in nennenswerter Höhe zur Verfügung stehen.

Das Geschäftsjahr 2015 basiert auf dem durch den Aufsichtsrat empfohlenen und durch die Gesellschafterversammlung bestätigten Wirtschaftsplan im Zusammenhang mit seiner Fortschreibung auf der Basis der Zusagen seitens der Bundesagentur für Arbeit Greifswald.

Diese Dokumente sind vor dem Hintergrund des vorliegenden Jahresabschlusses 2014 erneut zu überarbeiten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die geringfügigen Reserven im ersten Quartal 2015 vollständig aufgebraucht sein werden und das Stammkapital durch den Rückgang der Zuwendungen ab Januar 2015 und die noch nicht erzielbaren Umsätze im Bereich Usedom aktiv heranzuziehen ist.

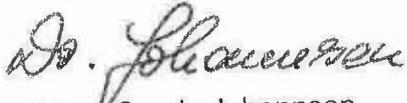
Die Gesellschafter sind umgehend gehalten, die notwendigen unternehmerischen Entscheidungen zu treffen. Die dafür erforderlichen Bewertungen der Immobilie sind dafür dringende Grundlage, ebenso die aktuelle Inventur aller Vermögensgegenstände, um die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft insgesamt richtig einzuschätzen.

Entscheidungen über eine mögliche Abwicklung des Kerngeschäfts und die optionale Weiterentwicklung der gesellschaftseigenen Immobilien durch die Gesellschaft selbst oder auch einen neuen Eigentümer sind umgehend zu treffen und der Geschäftsführung sind entsprechende Handlungsvollmachten zu erteilen.

Nach dem 31.12.2014 sind keine weiteren besonderen Vorgänge bzw. Geschäftsvorfälle zu verzeichnen, die erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb haben.

Mölschow, den 5. März 2015

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH



Dr. Beate Carola Johannsen

Geschäftsführerin

